

Protokoll der 36. LSK in Kaiserslautern vom 14.-16.05.2004

Freitag, den 14. Mai 2004:

Nach einem Begrüßungsplenum mit einer Einführung für LSK-Neulinge finden am Freitagabend parallel tagende Arbeitsgruppen statt.

Samstag, den 15. Mai 2004:

Beginn: 10.00 Uhr

Die Beschlussfähigkeit kann nicht hergestellt werden. Es sind 42 Schulen anwesend.

Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen und angenommen:

- TOP 1: Wahl des Präsidiums
- TOP 2: Bericht des Landesvorstands (LaVo)
- TOP 3: Behandlung der Anträge
- TOP 4: Wahl der BDK-Delegierten
- TOP 5: Nachwahl Lichtblick-Redaktion

TOP 1: Für das Präsidium werden folgende Personen vorgeschlagen und anschließend gewählt:
Präsident: Stefan Lange
Technischer Assistent: Frank Becker
Protokollantin: Lisa Deipenbrock

TOP 2: Verschiedene Mitglieder des Landesvorstandes berichten von den zurückliegenden Aktivitäten seit der letzten LSK.

TOP 3: **Antrag A1: Pausenreglung**
AntragstellerIn: Anna Möbus
Antragstext: „Der LaVo der LSV/GG soll sich dafür einsetzen, dass die SchülerInnen sich in der Pause im Schulgebäude aufhalten dürfen.“
Abstimmung Antrag A1: 34:21:7 → angenommen

Antrag A2: Agenda2010

AntragstellerIn: LaVo

Antragstext: „Die LSV lehnt die Agenda 2010 und vergleichbare oder darüber hinausgehende Konzepte der Opposition ab und engagiert sich in und mobilisiert zu entsprechenden Gegenaktionen.“

- GO-Antrag auf Sofortige Abstimmung -

- Inhaltliche Gegenrede -

Abstimmung GO-Antrag: 25:28:0 → GO-Antrag abgelehnt

Änderungsantrag 1: „...und mobilisiert nicht nur zu entsprechenden Gegenaktionen, sondern entwickelt in einem Arbeitskreis oder wie auch immer ein Alternativkonzept zum Umbau des Sozialstaates, das auch realistisch ist.“

- Vom Landesvorstand übernommen. -

- GO-Antrag auf Schließung der RednerInnenliste → angenommen -
Abstimmung geänderter Antrag A2: 35:13:11 → angenommen

- GO-Antrag auf 5 Min. Pause → angenommen -

Antrag A3: Einschränkung der Bewegungsfreiheit und des Rechts auf Informationelle Selbstbestimmung

AntragstellerIn: LaVo

Antragstext: „Die LSV wehrt sich gegen und unterstützt Aktionen gegen Einschränkung der Bewegungsfreiheit und des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, z.B. durch Kameras und Zäune auf dem Schulgelände.“

Änderungsantrag 1: „...Als Einschränkung dazu sind Kameras in Archiven, Tresorräumen u.ä. sinnvoll, um Schuleigentum und wichtige Daten zu schützen.“

12.30 Unterbrechung der Sitzung wegen Mittagessen

14.00 Podiumsdiskussion: „Bildung für alle oder Elitenbildung?“

17.00 Wahl einer neuen Technischen Assistentin wegen Abreise des bisherigen:
→ Anna Möbus wird gewählt.

- Vorstellung der Aktion Tagwerk -

17.30 Weiterführung der Debatte zu TOP 3

- GO-Antrag auf sofortige Abstimmung über Änderungsantrag 1
→ GO-Antrag angenommen

Änderungsantrag 1 zu Antrag A3 wird mit 20:21:6 abgelehnt

- GO-Antrag auf sofortige Abstimmung über A3

→ GO Antrag abgelehnt

- GO-Antrag auf Schließung der RednerInnenliste → angenommen

Abstimmung ungeänderter Antrag A3: 35: 0: 12 → angenommen

Initiativantrag IA1: EU-Osterweiterung

AntragstellerIn: Mai-Anh Boger

Antragstext: „Die 36. LSK möge beschließen, die EU-Osterweiterung zu begrüßen und Aktionen, die der Integration und der Förderung eines gemeinschaftlichen Gefühls dienen, zu unterstützen, die weitere Entwicklung kritisch zu verfolgen und dabei besonders darauf zu achten, dass:

- a) sozialpolitische Unterschiede, sowie Unterschiede in Rechtsgrundlagen abgebaut werden;
- b) der Anspruch auf eine „nationale Identität“ in jedem Fall gewährt wird, ohne dass „der Osten“ und „der Westen“ als grundverschieden betrachtet werden;
- c) man alle Bürger aufklärt und die EU basisdemokratischer wird;
- d) die Friedensgemeinschaft EU keinen Großmächtetekampf provoziert oder es in der EU bald weniger, statt mehr (etwa durch den zusätzlichen Einsatz in einer EU-Streitmacht) Militär gibt.
- e) die Vernetzung innerhalb des Obessu- Rates zu verbessern.“
→ Debatte über Behandlung des Initiativantrags IA1 wird verschoben

Initiativantrag IA2: Demokratisierung

AntragstellerIn: Die AG Demokratisierung

Antragstext: „Der LaVo der LSV GG möge sich dafür einsetzen, eine konkrete Umsetzung des Grundsatzprogramms im Bezug auf Punkt 1.2 „Schulkonferenz“ an das Ministerium weiter zu reichen und dort zu vertreten. Diese konkrete Umsetzung sollte folgende Ideen beinhalten:

- Die Größe der Delegation der stimmberechtigten SchülerInnenenschaft in der Schulkonferenz sollte der Größe der stimmberechtigten LehrerInnenenschaft entsprechen.
- Zur Vorbereitung der Wahlen und Vermittlung von Demokratieprinzipien sollte ab der 5. Klasse Sozialkundeunterricht mit Schwerpunkt auf Demokratie unterrichtet werden. Dieser sollte teilweise in Co-Teaching mit SchülerInnen der Oberstufe stattfinden.
- Zu Beginn sollte nur die Oberstufe stimmberechtigt sein. Es soll aber darauf hingearbeitet werden, diese Altersgrenze schrittweise zu senken, insofern dies sinnvoll erscheint. Auf diese Senkung sollte der Sozialkunde-Unterricht auch vorbereiten und darauf hinarbeiten.

Debatte über Behandlung von IA2 → Behandlung abgelehnt.

Fortführung der Debatte zu **Initiativantrag IA1:**

Abstimmung über Debatte → angenommen

Änderungsantrag1 zu IA1: Unterpunkt b) streichen

- Debatte über Änderungsantrag1 -

Änderungsantrag2 zu IA1: „nationale Identität“ durch „eigene Kultur“ ersetzen

- Debatte über Änderungsantrag2 -

- GO-Antrag auf sofortige Abstimmung über Änderungsantrag1 → angenommen -

Abstimmung Änderungsantrag1: 14:11:8 → angenommen

Abstimmung Änderungsantrag2 → abgelehnt

Der weitere zum Thema Europäische Union vorliegende Initiativantrag, Betr.: EU-Verfassung, wird von der Antragstellerin als Ergänzung zum Antrag IA1 übernommen:

Ursprüngliche AntragstellerInnen:

SV des Karolinen Gymnasium Frankenthal

Betreff: EU-Verfassung

Antragstext: „Die LSV lehnt die EU-Verfassung in ihrer jetzigen Form ab und ruft zu Gegenaktionen auf.“

Begründung:

Die EU-Verfassung ist ein schwerer Rückschlag für alle, die sich ein soziales und friedvolles Europa wünschen. Die wenigsten BürgerInnen wissen, was in dem Verfassungstext steht. Sie möchten wissen, was auf sie zukommt. Die Medien und die offiziellen Stellen informieren nur unvollständig über den Verfassungstext. So werden nur die ersten beiden Teile des dreiteiligen Verfassungsentwurf publiziert. Darin findet sich z.B. die Charta der Grundrechte und die Artikel über den Europäischen Bürgerbeauftragten, was natürlich ein positives Licht auf

die Verfassung wirft. Was ist an Teil III so brisant, dass man ihn lieber verschweigt?

Der Verfassungsentwurf sieht eine Aushöhlung der Demokratie vor. Dem Parlament, eigentlich Herz einer Demokratie, da direkt vom Volk gewählt, werden grundlegende Rechte vorenthalten.

Es hat weder das Recht die EU- Gesetzgebung einzuleiten, noch darf es beispielsweise in der Außen- und Sicherheitspolitik, d.h. über Krieg und Frieden, abstimmen, sondern wird nur „auf dem Laufenden gehalten“. (Art. I-39).

Der Verfassungsentwurf führt neoliberale Wirtschaftspolitik konsequent weiter und fördert somit den Sozialabbau. So soll sich die Beschäftigungspolitik auf die „Verwendbarkeit“ und die „Anpassungsfähigkeit“ der Arbeitnehmer an die Industrie und die Produktionssysteme beschränken. (Art. III-113, III- 97). Das Hauptziel der Agrarpolitik wird es sein, die Produktivität durch Rationalisierung zu steigern (Art. III-123). Der zur „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ (Art. III-69) verpflichtende Entwurf stellt somit Profite vor Menschen, und senkt somit die zukünftige, also unsere Lebensqualität ungemein.

Angesichts leerer Kassen wäre es eigentlich sinnvoll, Rüstungsmilliarden in die Rettung sozialer Systeme zu pumpen. Doch stattdessen werden die Nationalstaaten dazu verpflichtet, „Ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Art. I- 40). Zusätzlich wird statt eines „Amtes für Frieden“, ein „Amt für Rüstung“ eingerichtet. In Kombination mit der Entmachtung des Parlamentes ein weiterer Schritt zur Militarisierung der Europäischen Union.

Während im Moment hierzulande noch über die Schaffung einer Bildungselite diskutiert wird, wird diese praktisch durch die neue EU-Verfassung vorgeschrieben. Da „Beschränkung des freien Dienstleistungsverkehrs innerhalb der Union [...] verboten“ (Art. III- 29) sind, müssen alle öffentlichen Dienstleistungen, also Wasserversorgung, Gesundheitswesen und eben auch Bildung ausgeschrieben werden. Als Folge davon werden die Unterschiede zwischen den Schulen noch stärker werden und der grundrechtliche Zugang zu Bildung gefährdet. Durch die Umwandlung von staatlicher Schulen in private Wissensfabriken wird freies Denken noch stärker Repressionen unterzogen und somit freie, und auch kritische Meinungsbildung verhindert.

Daher verlangen wir eine breite, öffentlich und vor allem allumfassende Diskussion in Medien und Gesellschaft, sowie einen europaweiten Volksentscheid über den Verfassungsentwurf.

Abstimmung geänderter Antrag IA1: 20:1:5 → angenommen

Initiativantrag IA3: Nationale Bildungsstandards

AntragstellerIn: Stefan Lange

Antragstext: „Die LSK möge beschließen, dass sich der LaVo mit den bereits existierenden nationalen Bildungsstandards auseinandersetzt und eigene, möglichst sinnvollere und soft skills beschreibende, Bildungsstandards erstellt.“

Abstimmung über Behandlung → angenommen

Abstimmung Initiativantrag IA3: 26:0:3 → angenommen

Initiativantrag IA4: Einführung der Facharbeit

AntragstellerIn: Esther May

Antragstext: „Der LaVo der LSV/GG soll sich dafür einsetzen, dass die Wiedereinführung der Facharbeit rückgängig gemacht wird, bzw. dass die Regelung geändert wird hin zu einer rein freiwilligen Regelung ohne Nachteile bei Nichtnutzung.“

→ Abstimmung über Behandlung angenommen

→ **Initiativantrag IA4 angenommen**

TOP 4: **Wahl der Delegierten zur BDK vom 25.-27.6. in Hamburg**

Vorschläge:

| | |
|-------------------|--------|
| David Waldecker | 23:5:4 |
| Stefan Lange | 30:0:2 |
| Anna Möbus | 31:0:1 |
| Mai-Anh Boger | 20:6:6 |
| Sophie Groß | 30:1:1 |
| Isabelle May | 28:2:2 |
| Franka Halim | 27:2:3 |
| Jasminka Wrobel | 28:3:1 |
| Michael Karam | 24:4:4 |
| Etienne Schloener | 25:2:5 |

Alle vorgeschlagenen Personen kandidieren, werden gewählt und nehmen die Wahl an.

TOP 5: **Nachwahl Lichtblick-Redaktion**

Vorschlag:

Peter Möhringer → **Peter wird zum Lichtblick-Redakteur gewählt.**

- GO-Antrag auf Überweisung der Beschluss- und Wahlempfehlungen an den Landesausschuss → angenommen

Ende der Tagung: 22.30 Uhr.

Sonntag, den 16. Mai 2004:

Vormittags findet ein Abschlussplenum und die Verabschiedung der LSK-TeilnehmerInnen statt.

Für die Richtigkeit:

Lisa Deipenbrock
(Protokollführung)

Stefan Lange
(LSK-Präsident)